



# Konsumtrends und Suchtpolitik

## Monitoringbericht April – Oktober 2016

**Der Monitoringbericht, eine Publikation von Sucht Schweiz, bietet mit ausgewählten Themen einen Überblick über neue Konsumtrends und aktuelle Entwicklungen in der Suchtforschung und -Politik. Er richtet sich in erster Linie an die Gesundheitsdepartemente der Kantone und an Suchtfachleute, aber auch an alle an Suchtpolitik Interessierten.**

Da es im Bereich der Suchtprävention, -Politik und -Forschung schon eine Reihe guter Newsletter (Fachverband Sucht, GREA, Infoset) gibt und Sucht Schweiz bestrebt ist, ihre Ressourcen zu bündeln, wird dies der letzte Monitoringbericht in dieser Form sein. Wir werden uns jedoch weiterhin im Bereich des Wissenstransfers engagieren und auch in Zukunft bemüht sein, Wissen (insbesondere aus der Forschung) in aufbereiteter Form zur Verfügung zu stellen, wie wir dies seit 2014 beispielsweise mit dem jährlich erscheinenden «Suchtpanorama» tun.

### Kein Leben ohne Netz

Das subjektive Empfinden trügt nicht: Die Nutzung von Smartphones etc. ist allgegenwärtig. Jung und Alt haben das Handy griffbereit, überall und jederzeit. Die Zunahme der mobilen Bildschirmgeräte mit Internetzugang hat zu einer starken Bildschirmnutzung geführt. Der technologische und gesellschaftliche Trend bringt uns zweifelsfrei viele Vorteile, beruflich und privat. Doch wo liegen die Schattenseiten? Wie gross ist die Problemlast?

Laut Suchtmonitoring Schweiz von 2015 weisen 1% der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren eine problematische Internetnutzung auf, dies entspricht etwa 70'000 Personen. Der neuste Drogen- und Suchtbericht Deutschlands spricht von über 500'000 Menschen, die die Kontrolle über das Internet verloren haben. Betroffen sind vor allem die jüngeren Altersgruppen. Gut 7 Prozent der 15- bis 19-Jährigen in der Schweiz gebrauchen das Internet auf problematische Weise. Bezeichnend dafür sind u.a. Schwierigkeiten offline zu gehen, und die Vernachlässigung von Schlaf, Schulaufgaben und Familienleben. Cybermobbing ist ein weiteres Schlagwort, das Probleme verheisst.

Was eine Medienabhängigkeit ausmacht, ist bis heute nicht eindeutig definiert. Spannend bleiben auch Fragen, wie das Internet andere problematische Verhaltensweisen beeinflusst. Beispiel Rauschtrinken: Hält die Allgegenwart sozialer Netzwerke manch eine/n davon ab, einen Rausch zu riskieren, um nicht später peinliche Videos oder Fotos von sich im Web zu entdecken? Oder verstärken die Social Media den Zwang zur äusserlichen Perfektion, insbesondere bei junge Frauen? Einer Langzeitstudie des britischen Erziehungsdepartements zufolge sind 14-jährige Mädchen heute gestresster als noch vor zehn Jahren – dies im Kontext sozialer Netzwerke, welche das Selbstbewusstsein von Mädchen untergraben. Viele Fragen sind noch offen, hier öffnet sich ein weites Forschungsfeld.

Im vorliegenden Bericht ist die Mediennutzung ein Thema unter vielen. Fakten zu Konsumtrends und vor allem zur Suchtpolitik umreissen den aktuellen Stand der Debatten. Sie zeigen einmal mehr, dass Präventionsanliegen sowohl beim Tabak (neues Tabakproduktegesetz) als auch beim Geldspiel



(neues Geldspielgesetz) bei den politischen Akteuren nicht mehrheitsfähig sind. Ganz anders sieht dies mitunter die Mehrheit der Bevölkerung. So befürworten gar 53% der Schweizer Bevölkerung ein Verbot jeglicher Tabakwerbung – eine Haltung, um die sich die Politik focht.



## Inhalt

<b>1. Studien und Konsumtrends.....</b>	<b>4</b>
1.1. Weltdrogenbericht der UNODC .....	4
1.2. Europäischer Drogenbericht 2016 .....	4
1.3. Drogenmarkt in Europa .....	5
1.4. Deutschland: (alternativer) Drogen- und Suchtbericht 2016.....	5
1.5. Neue Entwicklungen in der Regulierung des Cannabismarktes .....	5
1.6. Klinische Notfälle und akute Drogentoxizität in Europa.....	6
1.7. Abhängigkeit und Missbrauch von Medikamenten .....	6
1.8. Alkoholkonsum in der Schweiz .....	6
1.9. Alkoholtestkäufe 2015 .....	6
1.10. Passivrauchen.....	7
1.11. Präventionsangebot zur Reduktion des Cannabiskonsums .....	7
1.12. Studie zu neuen elektronischen Medien und Suchtverhalten.....	7
<b>2. Nationale und internationale Politik.....</b>	<b>8</b>
2.1. Cannabis-Legalisierung in mehreren US-Staaten.....	8
2.2. Cannabisregulierung im italienischen Parlament .....	8
2.3. Wechsel von Atemtestgeräten zu Atemmessgeräten.....	8
2.4. Teilrevision des Alkoholgesetzes in zwei Schritten .....	9
2.5. Fortsetzung der Nationalen Alkoholpräventionskampagne des BAG .....	9
2.6. Tabakproduktegesetz: Keine Rückweisung durch die SKG-N .....	10
2.7. Spielerschutz – rien ne va plus.....	10
<b>3. Kantonale und kommunale Politik .....</b>	<b>12</b>
3.1. Projekte zur Cannabisregulierung in Schweizer Städten .....	12
3.2. Sparmassnahmen bei der Überlebenshilfe im Kanton Zürich .....	12
3.3. Bündner Programm Alkohol (BPA) 2017-2020 .....	13
3.4. Solothurn – Tabakpräventionsprogramm 2016 – 2017 .....	13
3.5. Genf stellt Aufenthalt in Ausnüchterungszelle in Rechnung.....	13
<b>4. Literatur .....</b>	<b>14</b>



# 1. Studien und Konsumtrends

## 1.1. Weltdrogenbericht der UNODC

Inzwischen leiden laut dem Weltdrogenbericht des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der Vereinten Nationen (UNODC)<sup>1</sup> weltweit 29 Millionen Menschen wegen einer Drogenabhängigkeit an schweren Krankheiten, das sind zwei Millionen mehr als im Vorjahr. Dies hat auch mit dem wieder häufigeren Spritzen von Heroin in den USA und Europa zu tun. Als Folge sind ausserdem etwa 1,6 Millionen Heroinabhängige mit HIV infiziert und sechs Millionen leiden an Hepatitis C. 207'000 Menschen sind dem Bericht zufolge 2014 als Folge des Konsums illegaler Drogen gestorben und dabei handelt es sich um eine sehr konservative Schätzung.

Die am häufigsten gebrauchte illegale Droge ist Cannabis, die von fast 183 Millionen Menschen konsumiert wird. Daneben sind der Uno-Drogenbehörde im vergangenen Jahr 75 neue aufputschende und enthemmende Substanzen gemeldet worden.<sup>2</sup>

Die Zahlen beziehen sich allein auf die Gesundheitsfolgen der als illegal eingestufteten Drogen, etwa Kokain, Ecstasy, LSD, Crystal Meth, Heroin und zu Teilen auch Cannabis. Alkohol und Tabak – in nahezu allen Staaten legal erhältlich – werden im UNODC-Bericht nicht erwähnt. Dabei sind es diese erlaubten Rauschmittel, die statistisch gesehen in Bezug auf die Volksgesundheit die tödlichsten Folgen haben.<sup>3</sup>

## 1.2. Europäischer Drogenbericht 2016

In ihrer jährlichen Analyse weist die EU-Drogenbeobachtungsstelle (EMCDDA) auf die Gesundheitsrisiken von Produkten mit hohem Wirkstoffgehalt, das kontinuierliche Auftreten neuer Substanzen und veränderte Muster des Drogenkonsums hin. Darüber hinaus äussert sie Besorgnis über die Zunahme von Todesfällen durch Überdosierung in einigen Ländern und über die Risiken durch Drogenmärkte im Internet. Weiter bestätigt der Bericht die Rückkehr von MDMA (Ecstasy) als eine der bevorzugten Stimulanzien unter jungen Menschen in Europa.<sup>4 5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. United Nations Office on Drugs and Crime (2016).

<sup>2</sup> Vgl. Artikel der NZZ vom 23.6.2016 (Zugriff am 6.9.2016):  
<http://www.nzz.ch/international/aktuelle-themen/weltdrogenbericht-der-uno-mehr-als-200000-tote-wegen-drogensucht-ld.91190>

<sup>3</sup> Vgl. Artikel auf Zeit online vom 23.6.2016 (Zugriff am 6.9.2016):  
<http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2016-06/drogen-illegal-weltdrogenbericht-drogenhandel-bekaempfung-veroeffentlichung-wien>

<sup>4</sup> Vgl. Pressemitteilung der EMCDDA vom 31.5.2016 (Zugriff am 7.9.2016):  
[http://www.dbdd.de/images/EDR\\_2016/highlights\\_edr2016\\_pm\\_de\\_final.pdf](http://www.dbdd.de/images/EDR_2016/highlights_edr2016_pm_de_final.pdf)

<sup>5</sup> Europäischer Drogenbericht 2016 (Zugriff am 7.9.2016):  
<http://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/2637/TDAT16001DEN.pdf>



### 1.3. Drogenmarkt in Europa

---

In der Europäischen Union geben die Konsumentinnen und Konsumenten geschätzte 24 Milliarden Euro pro Jahr für illegale Drogen aus. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) hat einen Bericht über den Drogenmarkt in Europa<sup>6</sup> veröffentlicht und darin erstmals Schätzungen zum Marktwert einzelner Drogen abgegeben.

### 1.4. Deutschland: (alternativer) Drogen- und Suchtbericht 2016

---

Fast zeitgleich sind in Deutschland der offizielle Drogen- und Suchtbericht 2016 der Bundesregierung<sup>7</sup> und der dritte alternative Drogen- und Suchtbericht 2016<sup>8</sup> erschienen. Während der Bericht der Bundesregierung auf die Folgen des Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsums fokussiert, werden im alternativen Drogenbericht kritische Stimmen laut, die Zweifel an der aktuellen Drogenpolitik äussern.

Gemäss dem offiziellen Bericht nimmt die Zahl der rauchenden und trinkenden Jugendlichen unter 18 Jahren ab. Problematisch hingegen ist ihre Internetnutzung. So leben dem Bericht zufolge in Deutschland mehr als eine halbe Million Menschen, die das Internet unkontrolliert nutzen. Weiter sind dem Bericht zufolge die sog. Legal Highs (neue psychoaktive Substanzen) weiterhin auf dem Vormarsch. Und die Zahl der Drogentoten ist im Vergleich zum Vorjahr um 3% gestiegen.<sup>9</sup>

Dem alternativen Drogen- und Suchtbericht zufolge versagt Deutschlands Drogenpolitik auf der ganzen Linie. Kritisiert wird unter anderem, dass die Bundesregierung und ihre Drogenbeauftragte eine Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes ablehnen. Bei dem Bericht handelt es sich nicht um eine Studie im klassischen Sinn, sondern vielmehr um eine Sammlung von Essays, mit denen sie eine klare Kampagne verfolgen: Aufzeigen, wie fehlgeleitet die derzeitige Drogenpolitik sei – anhand von Daten, die seit Jahren zur Verfügung stehen, auch der Regierung.<sup>10</sup>

### 1.5. Neue Entwicklungen in der Regulierung des Cannabismarktes

---

Die Zahl der Länder, in denen Vorstösse den Cannabis-Markt zu regulieren lanciert werden, nehmen zu. In vier US-Bundesstaaten sowie in Uruguay sind entsprechende Gesetze bereits in Kraft, und der Trend dürfte sich 2017 in den USA und in Kanada fortsetzen. Daneben existieren weiterhin das holländische Toleranz-Modell mit seinen Coffee-Shops und die Konsumenten-Vereinigungen in Spanien. In der Schweiz sollen demnächst Projekte diskutiert werden, die den Zugang zum Cannabis zum Thema haben. Mit einem neuen Bericht verschafft Sucht Schweiz einen Überblick über die Entwicklungstendenzen in Amerika, Europa und der Schweiz und zieht ein erstes Fazit.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> <http://www.emcdda.europa.eu/start/2016/drug-markets#pane1>

<sup>7</sup> [http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen\\_2016/Drogenbericht\\_2016\\_web.pdf](http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen_2016/Drogenbericht_2016_web.pdf)

<sup>8</sup> [http://alternativer-drogenbericht.de/wp-content/uploads/2016/06/ADSB2016\\_Bericht.pdf](http://alternativer-drogenbericht.de/wp-content/uploads/2016/06/ADSB2016_Bericht.pdf)

<sup>9</sup> Vgl. Artikel auf Spiegel Online vom 9.6.2016 (Zugriff am 7.9.2016):  
<http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/drogenbericht-2016-weniger-rauchen-mehr-internet-a-1096641.html>

<sup>10</sup> Vgl. Artikel auf Zeit online vom 6.6.2016 (Zugriff am 7.9.2016):  
<http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2016-06/drogen-alkohol-tabak-drogenpolitik-alternative>

<sup>11</sup> Vgl. Zobel und Marthaler (2016).



## 1.6. Klinische Notfälle und akute Drogentoxizität in Europa

Ein neuer Bericht der EU-Drogenbeobachtungsstelle in Lissabon (EMCDDA)<sup>12</sup> beleuchtet drogenbedingte klinische Notfälle. Aus diesem Bericht geht hervor, dass es sich bei den Betroffenen hauptsächlich um junge Erwachsene im Alter von 20 bis 39 Jahren und überwiegend um Männer handelt. Heroin ist dabei nach wie vor die Nr. 1 unter den Top 20 der betroffenen Suchtstoffe. Der Bericht deutet aber auch auf einen Anstieg der Zahl der Fälle in jüngster Zeit hin, die mit neuen psychoaktiven Substanzen (NPS) in Zusammenhang stehen.<sup>13</sup>

## 1.7. Abhängigkeit und Missbrauch von Medikamenten

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) hat gemeinsam mit der BARMER GEK eine Website zum Thema "Abhängigkeit und Missbrauch von Medikamenten" entwickelt<sup>14</sup>, auf der alle, die sich aus persönlichen oder beruflichen Gründen mit dem Einsatz von Medikamenten beschäftigen, eine umfangreiche Darstellung finden. Die Seite dient der Unterstützung und Beratung aller Interessierten zu Fragen rund um die Vorbeugung und Lösung von Problemen mit Medikamenten.

## 1.8. Alkoholkonsum in der Schweiz

Der Alkoholkonsum in der Schweiz ist gemäss der Publikation der Eidg. Alkoholverwaltung EAV zwischen 2014 und 2015 stabil geblieben. Er liegt immer noch bei 8,1 Liter reinen Alkohols pro Einwohnerin und Einwohner. Fast die Hälfte (3,9 Liter reinen Alkohols) wird in der Form von Wein konsumiert. Mengenmässig ist jedoch weiterhin Bier das in der Schweiz am häufigsten konsumierte alkoholische Getränk (55,8 Liter pro Kopf).<sup>15</sup>

## 1.9. Alkoholtestkäufe 2015

Gemäss der Medienmitteilung der Eidg. Alkoholverwaltung<sup>16</sup> wurden 2015 in der Schweiz über 8000 Alkoholtestkäufe durchgeführt. Die durchschnittliche Rate unerlaubter Alkoholverkäufe an Minderjährige ist unter die 30 Prozent-Schwelle gefallen. Untermuert wird dieses Ergebnis von differenzierteren Analysen, die ein besseres Verständnis der Realität vor Ort erlauben und interessante Ansätze liefern, wie die bisherigen Präventionsbestrebungen verbessert werden können.

---

<sup>12</sup> Vgl. EMCDDA (2016).

<sup>13</sup> Vgl. Pressemitteilung der EMCDDA vom 4.8.2016 (Zugriff am 6.9.2016):  
[http://www.emcdda.europa.eu/system/files/attachments/2974/News%20release\\_9\\_DE\\_Emergencies\\_FINAL\\_RE\\_V\\_web.pdf](http://www.emcdda.europa.eu/system/files/attachments/2974/News%20release_9_DE_Emergencies_FINAL_RE_V_web.pdf)

<sup>14</sup> Vgl. [www.medikamente-und-sucht.de](http://www.medikamente-und-sucht.de) (Zugriff am 6.9.2016).

<sup>15</sup> Vgl. EAV: Alkohol in Zahlen (Zugriff am 6.9.2016):  
[https://www.eav.admin.ch/eav/de/eidgenoessische\\_alkoholverwaltung/dokumentation/nsb-news\\_list.msg-id-62918.html](https://www.eav.admin.ch/eav/de/eidgenoessische_alkoholverwaltung/dokumentation/nsb-news_list.msg-id-62918.html)

<sup>16</sup> Vgl. Medienmitteilung der EAV (Zugriff am 6.9.2016):  
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-62273.html>



Die gesamtschweizerische Statistik 2015 der Alkoholtestkäufe bestätigt folgende Trends:

- Die höchsten Alkoholverkaufsraten weisen Bars (52,1 %) und temporäre Verkaufsstellen an Veranstaltungen und Festen auf (45,4 %); die tiefsten Raten sind bei den Tankstellenshops zu finden (18,8 %).
- Jugendliche haben abends leichter Zugang zu alkoholischen Getränken als tagsüber: abends gelingt einer von drei, tagsüber nur einer von vier Versuchen.
- Regelmässig getestete Verkaufsstellen weisen deutlich tiefere Verkaufsraten (25,6 %) auf als solche, die zum ersten Mal oder nur sporadisch getestet wurden (39,9 %).

### 1.10. Passivrauchen

---

Obwohl das Passivrauchen in der Schweiz seit Beginn der 2000er Jahre stark abgenommen hat, ist es nicht verschwunden. Das Phänomen bleibt im öffentlichen Raum hauptsächlich in Restaurants, Cafés oder Bars und im privaten Bereich bestehen, wie eine Studie von Sucht Schweiz<sup>17</sup> zeigt. Im Jahr 2015 waren 5,4% der Bevölkerung ab 15 Jahren während mindestens einer Stunde pro Tag dem Tabakrauch anderer ausgesetzt und bei 33,4% war es mindestens eine Stunde pro Woche. Die unter 25-Jährigen bleiben besonders stark vom Passivrauchen betroffen und es gibt bei ihnen sogar Anzeichen für eine Zunahme.

### 1.11. Präventionsangebot zur Reduktion des Cannabiskonsums

---

Die ARUD Zürich und die ISGF haben den kostenlosen online-Kurs CANreduce zur Reduktion des Cannabiskonsums erstellt.<sup>18</sup> Denn Cannabis kann in verschiedenen Lebensbereichen zu Problemen führen. Viele regelmässig Konsumierende möchten ihren Konsum verringern oder ganz damit aufhören. Nicht allen fällt dies gleich leicht. CANreduce bietet Unterstützung bei der Umsetzung dieses Vorhabens.

### 1.12. Studie zu neuen elektronischen Medien und Suchtverhalten

---

Die Frage, was eine Medienabhängigkeit ist, wird sowohl im wissenschaftlichen als auch im gesellschaftlichen Diskurs bislang nicht eindeutig beantwortet. Auch divergiert das Verständnis darüber, was "normales" Mediennutzungsverhalten ist. Unter anderem führt dies zwischen den Generationen und innerhalb von Familien, aber auch in Schulen und anderen Jugendeinrichtungen zu Konflikten. Unter diesem Eindruck wurden für den TAB-Arbeitsbericht «Neue elektronische Medien und Suchtverhalten – Risiken, Bewältigungsstrategien und Präventionsmöglichkeiten»<sup>19</sup> die bis heute vorliegenden wissenschaftlichen Befunde zu Umfang und Folgen suchtartiger Mediennutzung ausgewertet und Handlungsoptionen erarbeitet.

---

<sup>17</sup> Vgl. Kuendig et al. (2016).

<sup>18</sup> [www.canreduce.ch](http://www.canreduce.ch) (Zugriff am 6.9.2016).

<sup>19</sup> <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab166.pdf>



## 2. Nationale und internationale Politik

### 2.1. Cannabis-Legalisierung in mehreren US-Staaten

Nachdem 2012 Colorado und Washington und zwei Jahre später Oregon, Alaska und der «District of Columbia» Cannabis per Volksabstimmung legalisiert haben, stimmen im November dieses Jahres fünf weitere US-Bundestaaten (Kalifornien, Nevada, Main, Massachusetts und Arizona) über die Legalisierung von Cannabis ab. Der Gebrauch von Cannabis und der Besitz kleiner Mengen für den Eigengebrauch soll ab dem Alter von 21 Jahren legal werden. Die Bundesstaaten können die Verkaufsorte regulieren und Steuern erheben.

In den US-Bundesstaaten, die Cannabis bereits generell oder für den medizinischen Gebrauch freigegeben haben, ist das legale und regulierte Geschäft mit Cannabis schnell gewachsen. Daraus ist ein lukratives Geschäftsmodell entstanden, weshalb sich zunehmend auch Wirtschaftsgruppen für die Legalisierung von Cannabis einsetzen und auch die Staaten profitieren von den Steuereinnahmen.<sup>20</sup>

Diese Legalisierungsbestrebungen erfolgen, obwohl die US-Drogenbehörde (DEA) Cannabis weiterhin in die höchste Gefährdungskategorie einstuft. Begründet wird das Festhalten an dieser Klassifizierung damit, dass es keine belegbaren Effekte von Cannabis als Heilmittel gebe. Allerdings soll es zukünftig einfacher werden, Cannabis für Forschungszwecke zu produzieren.<sup>21</sup>

### 2.2. Cannabisregulierung im italienischen Parlament

In Italien könnte es bald zu einer gesetzlichen Änderung in Sachen Cannabis kommen. Im italienischen Parlament wird derzeit ein neues Gesetz diskutiert, wonach Volljährigen (ab 18 Jahren) eine geringe Menge an Cannabis zum persönlichen Gebrauch zuhause (bis zu 15 Gramm) bzw. bis zu fünf Cannabis-Pflanzen besitzen dürfen. Der Handel mit Cannabis sowie das Rauchen der Substanz in der Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz sollen weiterhin verboten bleiben. Der Gesetzesentwurf sieht laut Medienbericht auch ein staatliches Monopol für den Verkauf von Cannabis ähnlich wie im medizinischen Bereich vor.<sup>22</sup>

### 2.3. Wechsel von Atemtestgeräten zu Atemmessgeräten

Seit Oktober kommen bei Alkoholkontrollen im Strassenverkehr neu Atemmessgeräte und nicht mehr wie bisher Atemtestgeräte zum Einsatz. Atemmessgeräte sollen Alkoholwerte deutlich präziser bestimmen können, weshalb bei hohen Blutalkoholkonzentrationen oder wenn der Betroffene das Ergebnis des Atemtests nicht anerkennt, keine Bluttests mehr nötig sind, denn die neuen Geräte sollen die Blutalkoholkonzentration beweissicher bestimmen können.

Allerdings werden auch Zweifel an der Verlässlichkeit der neuen Geräte laut, da das Verhältnis zwischen der Alkoholkonzentration im Blut und jener im Atem nicht immer gleich gross ist. Es wird

<sup>20</sup> Vgl. Bericht von Infosperber vom 31.8.2016 (Zugriff am 6.9.2016):

<http://www.infosperber.ch/Artikel/Gesundheit/Marijuana-Profitaussichten-befordern-Cannabis-Legalisierung>

<sup>21</sup> Vgl. Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 12.8.2016 (Zugriff am 6.9.2016):

<http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/marihuana-us-drogenbehoerde-stuft-cannabis-in-hoechste-gefaehrungsklasse-ein-1.3118854>

<sup>22</sup> Vgl. Artikel des Instituts Suchtprävention (Zugriff am 6.9.2016):

<http://www.praevention.at/news/news-detail/article/italien-parlamentsdebatte-zur-cannabispolitik.html>





daher empfohlen, im Zweifelsfall auf die Blutprobe zu bestehen – dieses Recht haben die Kontrollierten nach wie vor –, denn diese könne die Fahrtüchtigkeit deutlich besser beurteilen.<sup>23</sup>

Alkoholkontrollen bleiben indes ein wichtiges Instrument für die Verkehrssicherheit, denn 2015 gaben 17% der befragten Personen an, in den letzten 30 Tagen mindestens einmal mit einem Blutalkoholspiegel über dem gesetzlichen Limit von 0.5‰ gefahren zu sein. Im europäischen Vergleich ist das der dritthöchste Wert.<sup>24</sup>

## 2.4. Teilrevision des Alkoholgesetzes in zwei Schritten

Der Bundesrat hat eine Botschaft<sup>25</sup> zur Teilrevision des Alkoholgesetzes in zwei Schritten verabschiedet. Erste Priorität haben die Integration der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV), die Privatisierung von Alcosuisse und die Liberalisierung des Ethanolmarktes. Nach vier Jahren Beratung schrieben die Eidgenössischen Räte die Totalrevision des Alkoholgesetzes (AlkG) in der Wintersession 2015 aufgrund mehrerer unüberwindbarer Differenzen ab. Diese drei Aspekte sind nun Gegenstand einer ersten Teilrevision des AlkG, die noch dieses Jahr abgeschlossen werden soll. Im Rahmen der zweiten Teilrevision sollen dann Anliegen der Kantone, der Spirituosenbranche, der Landwirtschaft, der Prävention und weiterer interessierter Kreise aufgenommen werden.<sup>26</sup>

## 2.5. Fortsetzung der Nationalen Alkoholpräventionskampagne des BAG

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) setzt seine Kampagne zur Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit fort, in der sie die Folgen des Alkoholkonsums thematisiert: «Alkohol verändert die Wahrnehmung»: So lautet das Leitmotiv dieser zweiten Kampagnenwelle des BAG. Belästigungen, Gewalt, ungeschützter Geschlechtsverkehr... neben den gesundheitlichen Risiken kann übermässiger Alkoholkonsum einen Kontrollverlust oder sogar Gedächtnislücken mit sich bringen, was zu schwerwiegende Konsequenzen führen kann. Hierzu wurde auch ein neuer Videoclip<sup>27</sup> produziert.

In der Schweiz trinkt jede fünfte Person gelegentlich oder regelmässig zu viel. Doch ab wie vielen Gläsern gefährdet der Alkoholkonsum die Gesundheit? Die eingegangenen Risiken sind unterschiedlich je nach Person, Situation, Alter, Gewicht und Geschlecht. Die nationale Kampagne soll

---

<sup>23</sup> Vgl. Artikel im Tagesanzeiger vom 28.8.2016 (Zugriff am 6.9.2016):

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Neue-Alkoholtests-fallen-durch/story/23220712>

<sup>24</sup> Vgl. STATUS Report 2016 der Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu (Zugriff am 6.9.2016):

[http://www.bfu.ch/sites/assets/Shop/bfu\\_2.275.01\\_STATUS%202016%20%E2%80%93%20Statistik%20der%20Nichtberufsunf%C3%A4lle%20und%20des%20Sicherheitsniveaus%20in%20der%20Schweiz.pdf](http://www.bfu.ch/sites/assets/Shop/bfu_2.275.01_STATUS%202016%20%E2%80%93%20Statistik%20der%20Nichtberufsunf%C3%A4lle%20und%20des%20Sicherheitsniveaus%20in%20der%20Schweiz.pdf)

<sup>25</sup> Botschaft des Bundesrates (Zugriff am 7.9.2016):

<http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/43561.pdf>

<sup>26</sup> Vgl. Medienmitteilung der EAV (Zugriff am 7.9.2016):

<https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=61246>

<sup>27</sup> Vgl. Videoclip auf YouTube (Zugriff am 6.9.2016):

<https://www.youtube.com/watch?v=EQ7JScfwnTM>



mittels Informationen über die Auswirkungen von Alkohol dazu anregen, über ihren eigenen Konsum nachzudenken.<sup>28</sup>

## 2.6. Tabakproduktegesetz: Keine Rückweisung durch die SKG-N

Die Allianz für ein starkes Tabakproduktegesetz begrüsst den Entscheid der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates, das Tabakproduktegesetz nicht zurückzuweisen, sondern in die parlamentarische Beratung zu schicken. Ein besserer Jugendschutz ist tatsächlich nötig. Denn die Jugendlichen sind die Hauptzielgruppe der Tabakwerbung.

Nicht ohne Grund nimmt die Raucherquote in der Schweiz seit Jahren nicht mehr ab, wie die neusten Zahlen des Suchtmonitorings<sup>29</sup> bestätigen. Dies im Gegensatz zur grossen Mehrheit der OECD-Länder. Tatsächlich ist die Schweiz eines der letzten Länder der Europas, das trotz Unterzeichnung der WHO-Rahmenvereinbarung zum Schutz vor Tabakwerbung noch immer keine genügend wirksamen Massnahmen ergriffen hat.<sup>30</sup>

### *Kommentar:*

*Umfassende Einschränkungen von Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring für Tabakprodukte senken nachweislich den Tabakkonsum – weshalb mittlerweile eine Vielzahl von Staaten auf diese Massnahmen setzen. Nur die Tabakkonzerne bestreiten diese Tatsache. Entsprechend vage blieben folglich die Voten der ablehnenden Ratsmehrheit, wie der Bundesrat Kinder und Jugendliche vor dem Einstieg in die Nikotinabhängigkeit effektiv schützen kann, ohne die Werbung für Tabakprodukte zusätzlich einzuschränken.*

*Die Mehrheit der Bevölkerung ist für ein Tabakwerbeverbot. 53 Prozent der Schweizer Bevölkerung insgesamt sowie eine Bevölkerungsmehrheit in allen Landesteilen befürworten ein allgemeines Verbot für Tabakwerbung. Dies zeigen die Ergebnisse des Suchtmonitorings Schweiz von 2014. Mit der Rückweisung des Tabakproduktegesetzes hat der Ständerat die Chance verpasst, die Stimmung in der Bevölkerung aufzunehmen und ein wirksames Gesetz für Tabakprodukte zu schaffen.*

## 2.7. Spielerschutz – rien ne va plus

Am 13. Juni hat der Ständerat das neue Geldspielgesetz gutgeheissen. Das Gesetz lässt neu auch Online-Geldspiele zu, ohne aber genügend Massnahmen zum Spielerschutz einzuführen: Die drei wichtigsten Anliegen der «Koalition zum Schutz der Spielerinnen und Spieler», wurden vom Ständerat abgelehnt: Die Einführung einer Spielsuchtsteuer auch für die Betreiber von Casinos (heute müssen nur die Lotterien einen Teil ihres Gewinns für die Prävention abgeben), die Sicherstellung der Alterskontrolle an Spielautomaten sowie die Schaffung der Konsultativkommission für Fragen zum exzessiven Geldspiel. Dies wird ausser der Geldspiel-Industrie kaum jemandem einen Nutzen bringen – im Gegenteil.

---

<sup>28</sup> Vgl. Medienmitteilung des BAG (Zugriff am 6.9.2016):

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-63591.html>

<sup>29</sup> Vgl. Gmel et al. (2016).

<sup>30</sup> Vgl. Medienmitteilung der Allianz für ein starkes Tabakproduktegesetz vom 14.10.2016 (Zugriff am 19.10.2016):

[http://www.addictionsuisse.ch/fileadmin/user\\_upload/DocUpload/20161014Lptab\\_CN\\_CSS.pdf](http://www.addictionsuisse.ch/fileadmin/user_upload/DocUpload/20161014Lptab_CN_CSS.pdf)



Mit seiner Entscheidung hat der Ständerat den Steuereinnahmen aus Lotterien und Casinos ein grösseres Gewicht geschenkt als dem Spielerschutz. Damit nimmt er soziale Kosten in Kauf, die in der Schweiz auf über 600 Millionen pro Jahr geschätzt werden. Das wirft Fragen auf: Studien aus Nachbarländern zufolge generieren die Anbieter von Geldspielen mehr als die Hälfte der Einnahmen durch das Spiel problematisch Spielender. Bei diesem Gesetz geht es also nicht nur um Anliegen der öffentlichen Gesundheit, sondern auch um ethische Fragen.<sup>31</sup>

*Kommentar:*

*Mit der Liberalisierung der Online-Geldspiele in der Schweiz folgt der Gesetzgeber der internationalen Entwicklung auf dem Geldspielmarkt. Geldspiele im Internet bergen Risiken für die Entwicklung von Suchtverhalten. Dies bestätigt das Observatoire Français des Jeux in einem kürzlich veröffentlichten Überblick. Eine kanadische Studie kommt zum Schluss, dass das Risiko abhängig zu werden bei Online-Geldspielen 3 bis 4 Mal höher ist als bei konventionellen Spielen. Es ist deshalb zwingend nötig, die Erweiterung des Geldspielmarktes um Online-Geldspiele durch besondere Schutzmassnahmen zu begleiten.*

---

<sup>31</sup> Vgl. Medienmitteilung der der Koalition zum Schutz der Spielerinnen und Spieler vom 13.6.2016 (Zugriff am 6.9.2016):

[http://www.fachverbandsucht.ch/downloads/9857\\_MM\\_Geldspielgesetz\\_d.pdf?PHPSESSID=0b7e170d1cc007e7f66bb73b1030fb1e](http://www.fachverbandsucht.ch/downloads/9857_MM_Geldspielgesetz_d.pdf?PHPSESSID=0b7e170d1cc007e7f66bb73b1030fb1e)



### 3. Kantonale und kommunale Politik

#### 3.1. Projekte zur Cannabisregulierung in Schweizer Städten

Neben Basel, Bern, Genf und Zürich denkt neu auch Lausanne über die Lancierung eines Pilotprojektes für die legale Abgabe von Cannabis nach.<sup>32</sup> In Bern hat das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern (ISPM) im Auftrag des Gemeinderats ein detailliertes Forschungsprojekt<sup>33</sup> für das Pilotprojekt Cannabisregulierung ausgearbeitet. Dieses Forschungsgesuch wird nun der Kantonalen Ethikkommission zur Bewilligung vorgelegt und bei einem positiven Entscheid in Koordination mit den Projektarbeiten in den anderen Städten ans BAG zur Erteilung einer Ausnahmegewilligung eingereicht.

Ziel des Forschungsprojekts ist die Prüfung eines regulierten Cannabisverkaufs. Das Projekt sieht den Verkauf von Cannabis durch Apotheken der Stadt Bern vor, um Erkenntnisse über die Auswirkungen auf das Konsum- und Kaufverhalten und das Befinden der Studienteilnehmenden zu gewinnen.

Teilnehmende müssen mindestens 18 Jahre alt sein, in der Stadt Bern wohnen, bereits Cannabis konsumieren und dürfen nicht in psychiatrischer Behandlung oder schwanger sein. Pro Kauf kann fünf Gramm qualitätsgeprüftes Cannabis bezogen werden – und maximal 25 Gramm pro Monat. Die Herstellung des Cannabis erfolgt in der Schweiz. Verschiedene Präventionsmassnahmen und Beratungsangebote sind ein integraler Teil des Studiendesigns. Rund 15 Apothekerinnen und Apotheker signalisierten Interesse an einer Teilnahme.<sup>34</sup>

#### 3.2. Sparmassnahmen bei der Überlebenshilfe im Kanton Zürich

Mit dem Beschluss Nummer 556<sup>35</sup> will der Regierungsrat des Kantons Zürich die Subventionierung der dezentralen Drogenhilfe (regionale Angebote, Fixerstübchen und Notschlafstellen, betreute Wohn- und Arbeitsintegrationsprojekte) ab 2017 einstellen. Der Kanton ist der Auffassung, dass die Strukturen, die geschaffen wurden, "etabliert sind" und sich die "Situation für suchtmittelabhängige Menschen in den letzten Jahren stark verbessert hat".<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Beitrag in 24heures vom 5.9.2016 (Zugriff am 6.9.2016):

<http://www.24heures.ch/vaud-regions/lausanne-region/course-tester-joint-legal/story/13194883>

<sup>33</sup> Zusammenfassung Cannabisstudie August 2016 (Zugriff am 6.9.2016):

[http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/cannabisregulierung-projekt-wird-ethikkommission-vorgelegt/dokumente/zusammenfassung-cannabisstudie-august-2016-pdf-394.pdf/download](http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/cannabisregulierung-projekt-wird-ethikkommission-vorgelegt/dokumente/zusammenfassung-cannabisstudie-august-2016-pdf-394.pdf/download)

<sup>34</sup> Vgl. Medienmitteilung des Gemeinderates von Bern vom 26.8.2016 (Zugriff am 6.9.2016):

[http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/cannabisregulierung-projekt-wird-ethikkommission-vorgelegt](http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/cannabisregulierung-projekt-wird-ethikkommission-vorgelegt)

<sup>35</sup> Vgl. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich der Klausursitzung vom 7. Juni 2016 (Zugriff am 6.9.2016):

[https://www.notes.zh.ch/appl/rbzhch.nsf/0/C12574C2002FAA1FC1257FC3004A9881/\\$file/556.pdf?OpenElement](https://www.notes.zh.ch/appl/rbzhch.nsf/0/C12574C2002FAA1FC1257FC3004A9881/$file/556.pdf?OpenElement)

<sup>36</sup> Vgl. Artikel auf Zeit online vom 18.7.2016 (Zugriff am 6.9.2016):

<http://www.zeit.de/2016/30/drogenpolitik-schweiz-zuerich-subventionen>



### 3.3. Bündner Programm Alkohol (BPA) 2017-2020

---

Das Gesundheitsamt und das Sozialamt Graubünden setzen seit 2013 das Bündner Programm Alkohol um. Die erste Phase dauert bis Ende 2016. Das Programm hat sich im Aufbau und in der Umsetzung etabliert, und soll um eine weitere Phase verlängert werden. Aufgrund der schwerwiegenden gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Folgen von risikoreichem Alkoholkonsum, den bisherigen Umsetzungsmassnahmen des Bündner Programms Alkohol sowie der Neuausrichtung der nationalen Strategie Sucht, empfiehlt sich eine Verlängerung des Bündner Programms Alkohol<sup>37</sup> um weitere vier Jahre (2017-2020).

### 3.4. Solothurn – Tabakpräventionsprogramm 2016 – 2017

---

Mit dem Tabakpräventionsprogramm Juni 2016 – Dezember 2017<sup>38</sup> richtet der Kanton Solothurn verschiedene regionale und überregionale, interne und externe Projekte im Kantonsgebiet auf gemeinsame Ziele aus. Gemeinsam arbeiten die Programmpartner, um den Einstieg in die Sucht zu verhindern, den Ausstieg zu fördern und um vor Passivrauch zu schützen. Einen Schwerpunkt setzt das Programm bei Jugendlichen.

### 3.5. Genf stellt Aufenthalt in Ausnüchterungszelle in Rechnung

---

Der Staatsrat will die Kosten für einen Aufenthalt in der Ausnüchterungszelle auf die betroffenen Personen abwälzen. Die Höhe des Betrages ist noch nicht bekannt. Eine neue Kostenregelung für polizeiliche Dienste wurde am 24. August angenommen und wird voraussichtlich 2017 in Kraft treten.<sup>39</sup>

---

<sup>37</sup>

<http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00039/10916/10922/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t.Inp6I0NTU042I2Z6In1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6hpJCEdHt,e36Nn.akn56V19rlz42fz62dpuc->

<sup>38</sup> [http://www.so.ch/fileadmin/internet/ddi/ddi-aso/13\\_0\\_News/Tabakpraeventionsprogramm\\_2016\\_2017.pdf](http://www.so.ch/fileadmin/internet/ddi/ddi-aso/13_0_News/Tabakpraeventionsprogramm_2016_2017.pdf)

<sup>39</sup> Vgl. Artikel in *Léman bleu* vom 24.8.2016 (Zugriff am 19.10.2016):

<http://www.lemobleu.ch/fr/News/Le-placement-en-cellule-de-degrisement-facture-des-2017.html>



## 4. Literatur

European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (2016): *Hospital emergency presentations and acute drug toxicity in Europe: update from the Euro-DEN Plus research group and the EMCDDA*, Publications Office of the European Union, Luxembourg.  
[http://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/2973/TD0216713ENN-1\\_Final%20pdf.pdf](http://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/2973/TD0216713ENN-1_Final%20pdf.pdf)  
(Zugriff am 6.9.2016).

Kuendig H., Notari L., Gmel G. (2016): *Le tabagisme passif en Suisse en 2015 - Analyse des données du Monitoring suisse des addictions*, Lausanne, Addiction Suisse, Suisse.  
[http://www.suchtmonitoring.ch/docs/library/kuendig\\_mb9seboynzfj.pdf](http://www.suchtmonitoring.ch/docs/library/kuendig_mb9seboynzfj.pdf) (Zugriff am 6.9.2016).

Gmel G., Kuendig H., Notari L., Gmel C. (2016): *Suchtmonitoring Schweiz - Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen in der Schweiz im Jahr 2015*. Sucht Schweiz, Lausanne, Schweiz.  
[http://www.suchtmonitoring.ch/docs/library/gmel\\_thezckxvbkq4.pdf](http://www.suchtmonitoring.ch/docs/library/gmel_thezckxvbkq4.pdf) (Zugriff am 19.10.2016).

United Nations Office on Drugs and Crime(2016): *World Drug Report 2016*. United Nations, New York.  
[http://www.unodc.org/doc/wdr2016/WORLD\\_DRUG\\_REPORT\\_2016\\_web.pdf](http://www.unodc.org/doc/wdr2016/WORLD_DRUG_REPORT_2016_web.pdf) (Zugriff am 6.9.2016).

Zobel, F., Marthaler, M. (2016): *Neue Entwicklungen in der Regulierung des Cannabismarktes: von A (Anchorage) bis Z (Zürich)*. 3. aktualisierte Auflage des Berichts *Von den Rocky Mountains bis zu den Alpen*. Lausanne: Sucht Schweiz.  
[http://www.suchtschweiz.ch/fileadmin/user\\_upload/DocUpload/ZobelMarthaler\\_Bericht\\_Regulierung\\_Cannabismarkt\\_v3.pdf](http://www.suchtschweiz.ch/fileadmin/user_upload/DocUpload/ZobelMarthaler_Bericht_Regulierung_Cannabismarkt_v3.pdf) (Zugriff am 6.9.2016).